

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 32. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Planen

am Montag, 16.04.2018, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Rhein (5.06)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Ursula Behrendt

Ina Biermann-Tannenberger

Paul Hebbel

Bernhard Miesen

Rainer Schiefer

Frank Schönberger

SPD

Michael Hüther

Peter Ippolito

Martin Krampf

Iris Springer

Sven Tahiri

Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Klaus Wolf

BÜRGERLISTE

Karl Schweiger

OP

Michael Neuendorf

PRO NRW

Thorsten Weimer

in Vertretung für Jürgen Clouth

FDP

Uwe Bartels

DIE LINKE.LEV

Ludwig Keil

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi

Es fehlen entschuldigt:

PRO NRW

Jürgen Clouth

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian

Anwesend

Verwaltung:

Andrea Deppe	Beigeordnete für Planen und Bauen
Sabine Heymann	Büro Baudezernat (60)
Petra Cremer	Stadtplanung (61)
Daniela Schön	Fachbereich Stadtplanung (61)
Alfred Görlich	Bauaufsicht (63)
Maria Kümmel	Gebäudewirtschaft (65)
Reinhard Schmitz	Fachbereich Tiefbau (66)
Lothar Schmitz	Stadtgrün (67)
Christian Syring	Dez. V, Stabsstelle Mobilität
Dr. Michael Rudersdorf	Fachbereich Recht und Ordnung (30)
Michael Schmidt	Fachbereich Recht und Ordnung (30)
Hans Milleder	Fachbereich Recht und Ordnung (30)

vom Fachbereich Rechnungsprüfung und Beratung:

Gerhard Odenthal

Gesellschaften:

Vera Rottes	nbso
Claudia Stramka	nbso

Gäste:

Annegret Schüttler-Maser

Architekturbüro Schüttler-Maser

Schriftführung:

Stefanie Krüger-Witte

Büro Baudezernat (60)

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	6
2	Niederschriften	6
3	Erweiterung von P+R-Anlagen im Stadtgebiet	6
3.1	Effektivere Nutzung des Parkplatzes Stauffenbergstraße/Lützenkirchener Straße - Antrag der Fraktion Opladen Plus und der Gruppe FDP vom 11.03.18 - Nr.: 2018/2156	6
3.2	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2017/2036	8
4	Bienenfreundliches Leverkusen	9
4.1	Projekt "Leverkusen summt! Wir tun was für Bienen" - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.01.18 - Nr.: 2018/2136	9
4.2	Bienenfreundliches Leverkusen - Antrag der Gruppe PRO NRW vom 27.02.18 - Neudruck - Nr.: 2018/2142	9
5	Erweiterung Stadtbahnnetz - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 05.03.18 - Nr.: 2018/2152	9
6	Neugestaltung des Europarings	10
6.1	Berücksichtigung einer Verlängerung der Stadtbahn über Wiesdorf nach Opladen bei der Neugestaltung des Europarings - Änderungsantrag der Gruppe FDP vom 13.04.18 zum Antrag Nr. 2018/2153 "Neugestaltung des Europarings auf Höhe der Olof-Palme-Straße" - Nr.: 2018/2210	10
6.2	Neugestaltung des Europarings auf Höhe der Olof-Palme-Straße - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 22.02.18 - Nr.: 2018/2153	10
7	Verringerung Wohnungsleerstand - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 05.03.18 - Nr.: 2018/2154	11
8	Planvolle Entwicklung neuer Hotelstandorte in Leverkusen - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 12.03.18 - Nr.: 2018/2159	11
9	Erarbeitung einer Konzeption zur Sicherung der Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund des Gesetzes zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge am Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz)	12
9.1	Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.18 - Nr.: 2018/2164	12

9.2	Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.03.18 zum Antrag Nr. 2018/2164 - Nr.: 2018/2170	12
10	Innovative Lärmschutzeinrichtungen an den Bahnhöfen Leverkusen-Opladen und Leverkusen-Mitte - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 19.02.18 - m. Stn. v. 27.03.18 - Nr.: 2018/2138	13
11	Vergnügungsstättenkonzept der Stadt Leverkusen - Abwägungsbeschluss - Änderung des Vergnügungsstättenkonzeptes - Beschluss als gemeindliches Entwicklungskonzept - Nr.: 2018/2146	13
12	Bebauungsplan Nr. 208 B/II "Opladen - nbso/Westseite - Quartiere" - 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss (beschleunigtes Verfahren) - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2018/2120	14
13	Planungsbeschluss für den Neubau ZOB Opladen - Nr.: 2018/2172	17
14	Offensive LEV 2030! Mobilitätswende, aber wie? - Verbesserungen des ÖPNV - Antrag der CDU-Fraktion vom 03.04.18 - Nr.: 2018/2196	17
15	Leerung städtischer Mülleimer im Bereich des Rathausvorplatzes und der Fußgängerzone in Wiesdorf an Samstagen und Sonntagen - Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.18 - m. Stn. v. 12.04.18 - Nr.: 2018/2191	18
16	Mehrkosten im Rahmen der Sanierung der Schule Im Hederichsfeld - Sachstandsbericht - Bereitstellung zusätzlicher Mittel - Anträge der Fraktion BÜRGERLISTE vom 29.03.18 - Nr.: 2018/2195	19
17	Bebauungsplan Nr. 172 B/II "nbso - Campus Leverkusen und Gewerbe" 2. Änderung - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2018/206620	
18	Bebauungsplan Nr. 222/III "Steinbüchel - Meckhofer Feld/Berliner Straße" - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2018/2061	20
19	Errichtung von Fahrradparkhäusern an den Bahnhöfen Wiesdorf, Opladen und Schlebusch - Antrag der CDU-Fraktion vom 12.04.18 - Nr.: 2018/2211	22
	Bericht der Dezernentin	23
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 2/2018)	24

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Rh. Ippolito (SPD) eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung führt Rh. Ippolito (SPD) aus, dass der Bericht der Dezer-
nentin an den Beginn der Sitzung vorgezogen werden soll, weil hierzu Frau
Schüttler-Maser vom Architekturbüro Schüttler-Maser über das Schulgebäu-
de Im Hederichsfeld informieren möchte.

Zudem soll der Änderungsantrag der Gruppe FDP vom 13.04.18, Antrag-Nr.
2018/2210, Berücksichtigung einer Verlängerung der Stadtbahn über Wies-
dorf nach Opladen bei der Neugestaltung des Europaringes, - Änderungsan-
trag zum Antrag Nr. 2018/2153 "Neugestaltung des Europaringes auf Höhe
der Olof-Palme-Straße" als TOP 6.1 auf die Tagesordnung genommen wer-
den.

Der Tischantrag der CDU-Fraktion vom 12.04.18, Antrag-Nr. 2018/2211, „Er-
richtung von Fahrradparkhäusern an den Bahnhöfen Wiesdorf, Opladen und
Schlebusch“ soll als TOP 19 auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Ausschuss stimmt der Arbeitstagesordnung in der vorliegenden Form zu.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die 31. Sitzung des Ausschus-
ses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 22.01.2018 zur Kenntnis.

3 Erweiterung von P+R-Anlagen im Stadtgebiet

3.1 Effektivere Nutzung des Parkplatzes Stauffenbergstraße/Lützenkirchener Straße - Antrag der Fraktion Opladen Plus und der Gruppe FDP vom 11.03.18 - Nr.: 2018/2156

Die Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.2 werden gemeinsam diskutiert.

Herr Neuendorf (OP) und Herr Bartels (FDP) erläutern den gemeinsamen
Antrag zu TOP 3.1.

Rh. Tahiri (SPD) stellt zum Antrag zu 3.1 dar, dass seine Fraktion dies so nicht mittragen kann, da Opladen nicht zum „Parkplatz der Region“ werden soll; die Verwaltungsvorlage zu 3.2 wird hingegen befürwortet.

Rh. Schönberger (CDU) erläutert, dass es sicher in einem späteren Stadium des Mobilitätskonzeptes erstrebenswert ist, Parkflächen zu vermeiden, um auch den Zielverkehr zu Park- und Ride-Plätzen im Stadtgebiet zu vermeiden. Rh. Schönberger (CDU) macht jedoch darauf aufmerksam, dass sich die Verwaltung noch in den Anfängen des Mobilitätskonzeptes befindet, so dass sich ohne mehr Parkmöglichkeiten für Park- und Ride die Bürger dann doch dafür entscheiden, direkt ihr Endziel mit dem PKW zu erreichen. Die Schaffung von zusätzlichem Parkraum sei daher in Opladen für den Übergang erforderlich. Eine Parkpalette könne danach ggf. zur Abstellung von Fahrrädern genutzt werden. Dieses Konzept, so Rh. Schönberger (CDU), muss jedoch einer permanenten Überprüfung durch die Verwaltung unterzogen werden. Rh. Schönberger (CDU) beantragt, dass dieser Kontrollmechanismus Teil der Beschlussfassung zu dem Antrag wird.

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) ergänzt, dass die meisten Pendler den Regionalexpress nutzen und somit die Bahnhöfe in Wiesdorf, Opladen und Schlebusch erreichen müssen. Frau Biermann-Tannenberger (CDU) sieht somit an diesen Orten auch den vordringlichen Bedarf für eine Erweiterung der Park- und Ride-Flächen. Ein erstes Umdenken in Richtung der neuen Mobilität sei es auch, zunächst mit dem PKW einen Bahnhof anzufahren und dann auf den ÖPNV umzusteigen. Für die große Mobilitätswende müsse zunächst das Angebot erweitert werden; erst dann könnten die Park- und Ride-Plätze wegfallen.

Herr Schiefer (CDU) macht darauf aufmerksam, dass rund um das Gelände auf der Stauffenbergstraße Wohnbebauung besteht, so dass eine Parkpalette dort nicht möglich ist.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sehen bei der Schaffung zusätzlicher Park- und Ride-Plätze das falsche Signal; eine Mobilitätswende muss jetzt begonnen werden. Die Mittel für Parkpaletten sollten besser für zusätzliche Buslinien ausgegeben werden.

Rh. Schönberger (CDU) bittet um Prüfung, ob die Grünfläche am Schlebuscher Bahnhof nördlich Gustav-Heinemann-Straße bis zum IPL-Gelände als zusätzliche Park- und Ride-Fläche genutzt werden kann.

Herr Schmitz (66) erläutert, dass diese Fläche im Bebauungsplan als Grün- bzw. Gewerbefläche ausgewiesen ist. Zudem handele es sich topographisch um eine Hanglage, deren Entwicklung zu Parkflächen sehr kostenintensiv sei.

Rh. Paul Hebbel (CDU) gibt zu Protokoll, dass er die Vorlage der Verwaltung zu TOP 3.2 nicht mittragen wird. Die Verwaltung argumentiert, dass grundsätzlich bereits bei fünf Buslinien eine sehr gute Anbindung existiert.

Das Klinikum Leverkusen würde sogar mit zehn Buslinien angedient. Rh. Paul Hebbel (CDU) stellt dar, dass trotz dieser somit sehr guten Busanbindung die Stadt ihrer Tochtergesellschaft aufgibt, für 5 Mio € neue Parkplätze zu errichten. Das Klinikum sei verpflichtet, diese Investition fremd zu finanzieren und könne diese Mittel besser für die Heilung von Patienten aufwenden. Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet hierzu um Erläuterung.

Herr Görlich (63) stellt dar, dass das Klinikum hier nicht anders behandelt wird, als jeder private Bauherr und die Schaffung von Stellplatzanlagen nach der Landesbauordnung und der Richtlinientabelle für die Stellplatzanlagen berechnet werden. Durch die vielen Bauvorhaben auf dem Klinikumgelände hätte sich ein Rückstand von 200 Stellplätzen nach diesen Vorgaben ergeben.

Rh. Ippolito (SPD) lässt mit der Ergänzung der Notwendigkeit einer Aufstellung eines Bebauungsplanverfahrens mit den entsprechenden Verkehrsgutachten und der geforderten regelmäßigen Bedarfsanalyse im Rahmen des Mobilitätskonzeptes über den Antrag zu TOP 3.1 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Ergänzung

dafür: 8 (4 CDU, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP)
dagegen: 10 (2 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE.LEV)

3.2 Verwaltungsvorlage - Nr.: 2017/2036

Die Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.2 werden gemeinsam diskutiert.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 16 (5 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 2 (1 CDU, 1 OP)

4 Bienenfreundliches Leverkusen

- 4.1 Projekt "Leverkusen summt! Wir tun was für Bienen"
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.01.18
- Nr.: 2018/2136

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

- 4.2 Bienenfreundliches Leverkusen
- Antrag der Gruppe PRO NRW vom 27.02.18
- Neudruck
- Nr.: 2018/2142

Rh. Ippolito (SPD) schlägt eine Abstimmung wie im Bürger- und Umweltausschuss am 12.04.2018 vor:

„Der Antrag wird als erledigt betrachtet. Ein gleichlautender Antrag ist bereits in das zu erstellende Konzept zum „Leitbild Grün“ aufgenommen.“

Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

- 5 Erweiterung Stadtbahnnetz
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 05.03.18
- Nr.: 2018/2152

Herr Neuendorf (OP) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Schmitz (66) stellt die aktuelle Beschlusslage dar. Am 14.12.2015 hat der Rat die Verlängerung der Stadtbahnlinien von Köln-Flittard über die B8 bis nach Opladen sowie die Verlängerung der Linie 4 von Schlebusch bis zum Klinikum zur Aufstellung des ÖPNV Bedarfsplans beschlossen. Diese Maßnahmen wurden gemeinsam mit dem Wasserbus über die Bezirksregierung an das Land gemeldet. Zurzeit erfolgen beim Land entsprechende Kosten-Nutzen-Analysen. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass sie zudem in engem Austausch mit der Verkehrsdezernentin von Köln, Frau Andrea Blome, bezüglich dieses Themas steht.

In einer ausführlichen Diskussion wird der Bedarf für eine Verlängerung der Stadtbahnlinie nach Steinbüchel und Lützenkirchen durch die Mehrheit der Ausschussmitglieder nicht für sinnvoll erachtet.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 OP, 1 FDP)

dagegen: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE.LEV)

6 Neugestaltung des Europarings

- 6.1 Berücksichtigung einer Verlängerung der Stadtbahn über Wiesdorf nach Opladen bei der Neugestaltung des Europarings
- Änderungsantrag der Gruppe FDP vom 13.04.18 zum Antrag Nr. 2018/2153 "Neugestaltung des Europarings auf Höhe der Olof-Palme-Straße"
- Nr.: 2018/2210

Herr Bartels (FDP) erläutert den Antrag seiner Gruppe.

Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass die ursprünglich Planung für die B8/Europaring angehalten und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde, um zu prüfen, ob die Bahnlinie dort untergebracht werden kann. Weitere Planungen erfolgen nunmehr immer unter der Voraussetzung, dass diese Bahnlinie realisiert werden kann.

Herr Bartels (FDP) zieht daraufhin den Antrag seiner Gruppe zurück.

- 6.2 Neugestaltung des Europarings auf Höhe der Olof-Palme-Straße
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 22.02.18
- Nr.: 2018/2153

Herr Keil (DIE LINKE.LEV) erläutert den Antrag seiner Gruppe.

Nach eingehender Diskussion spricht sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder dafür aus, dass es sich hier zwar um eine gute Idee handelt, diese jedoch aufgrund der künftigen Maßnahmen in diesem Bereich erst in ca. 20 Jahren umsetzbar wäre.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV abstimmen:

„Die Verwaltung prüft die Machbarkeit einer Neugestaltung des Europarings auf Höhe der Olof-Palme-Straße, durch den Bau eines Kreisverkehrs sowie die anschließende Bebauung frei werdender Flächen.“

dafür: 3 (1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 14 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 PRO NRW)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 7 Verringerung Wohnungsleerstand
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 05.03.18
- Nr.: 2018/2154

Rh. Miesen (CDU) stellt dar, dass bereits jetzt jeder Eigentümer die Möglichkeit hat, die Wohnungen durch die WGL zu verwalten.

Rh. Tahiri (SPD) hält dieses Thema eher für das Gremium des WGL-Aufsichtsrates geeignet.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (OP)
dagegen: 14 (6 CDU, 5 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
Enth.: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war bei der Abstimmung nicht zugegen.

- 8 Planvolle Entwicklung neuer Hotelstandorte in Leverkusen
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 12.03.18
- Nr.: 2018/2159

Herr Neuendorf (OP) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Ippolito (SPD) macht Herrn Neuendorf darauf aufmerksam, dass hierzu ein aktueller Beschluss des Rates vorliegt, der die WfL beauftragt, ein Gutachten über sämtliche Hotelstandorte in Leverkusen zu erstellen.

Herr Neuendorf (OP) zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

9 Erarbeitung einer Konzeption zur Sicherung der Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund des Gesetzes zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge am Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz)

9.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.18
- Nr.: 2018/2164

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

9.2 Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 20.03.18 zum Antrag Nr. 2018/2164
- Nr.: 2018/2170

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

- 10 Innovative Lärmschutzeinrichtungen an den Bahnhöfen Leverkusen-Opladen und Leverkusen-Mitte
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 19.02.18
- m. Stn. v. 27.03.18
- Nr.: 2018/2138

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erläutert, dass das Eisenbahnbundesamt noch Anträge für die Testung von innovativen Lärmschutzeinrichtungen für Teststrecken annimmt.

Rh. Ippolito (SPD) bittet, den Kontakt im Eisenbahnbundesamt der Verwaltung mitzuteilen, damit diese dort Kontakt aufnehmen kann.

Herr Neuendorf (OP) erkundigt sich, ob die in der Stellungnahme der Verwaltung genannten Äußerungen der DB Netz AG schriftlich vorliegen. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass dies durch das Dezernat III, Herrn Beig. Lünenbach, Fachbereich Umwelt, beantwortet werden kann. Die Anfrage wird durch die Verwaltung weiter geleitet.

(Redaktionelle Anmerkung zur Niederschrift:

Die Äußerungen der DB sind hierzu nicht schriftlich erfolgt, sondern erfolgten durch Vertreter der DB in einem gemeinsamen Termin mit der Verwaltung, Dez. III, Fachbereich Umwelt).

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 14 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 11 Vergnügungstättenkonzept der Stadt Leverkusen
- Abwägungsbeschluss
- Änderung des Vergnügungstättenkonzeptes
- Beschluss als gemeindliches Entwicklungskonzept
- Nr.: 2018/2146

Nach umfänglicher Diskussion lässt Rh. Ippolito (SPD) über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 17 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO
NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 12 Bebauungsplan Nr. 208 B/II "Opladen - nbso/Westseite - Quartiere" - 1. Änderung
- Aufstellungsbeschluss (beschleunigtes Verfahren)
- Beschluss über die öffentliche Auslegung
- Nr.: 2018/2120

Rh. Schönberger (CDU) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 gemeinsam zu beraten. Hiergegen gibt es im Ausschuss keine Einwände, so dass die Beratung der TOP entsprechend gemeinsam erfolgt.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um Mitteilung, ob die wupsi GmbH mit der Ausbauplanung des neuen ZOB Opladen in dieser Form einverstanden ist und den ZOB als zukunftsfest einschätzt. Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wünscht, dass die Erläuterungen hierzu zu Protokoll genommen werden.

Frau Rottes (nbso) nimmt hierzu wie folgt Stellung: Die Planung des ZOB wurde intensiv mit den Busunternehmern besprochen. In der ersten großen Besprechungsrunde mit der wupsi GmbH wurden Bedenken wegen der Zukunftsfähigkeit geäußert. Daraufhin wurde eine Überarbeitung der Pläne vorgenommen; daher ist nunmehr auch der Bebauungsplan Nr. 208 B/II entsprechend zu ändern. Frau Rottes (nbso) führt aus, dass die wupsi GmbH dieser Planung nun voll und ganz zustimmt. Frau Rottes (nbso) ergänzt, dass die wupsi GmbH zudem bezüglich einer weiteren Zukunftsperspektive bei Einrichtung weiterer Linien noch eine neue zusätzliche Ausfahrt auf die Europaallee gefordert hat. Dies wird jetzt noch nicht baulich vollzogen; es werden jedoch aber alle Vorkehrungen getroffen, dass diese zusätzliche Zufahrt realisiert werden kann. Von daher liegt eine volle Zustimmung der wupsi GmbH zur Planung des ZOB vor.

Auf Nachfrage von Rh. Ippolito (SPD) fügt Frau Rottes (nbso) hinzu, dass die Planung auch mit den weiteren Busunternehmern Hüttebräucker und Wiedenhoff abgestimmt wurde, insbesondere hinsichtlich der überlangen Schulbusse von Hüttebräucker im morgendlichen Schulbusverkehr.

Herr Neuendorf (OP) bittet um Ausführung, warum am Busbahnhof lediglich drei Stellplätze für Taxen angeboten werden. Zudem bittet er um Mitteilung, inwieweit der Ratsbeschluss zum Antrag 2753/2014 bezüglich des Fernbushaltepunktes in Opladen umgesetzt wird. Die Verwaltung sagt hierzu eine Prüfung zu.

Frau Stramka (nbso) erläutert, dass aufgrund der Anforderungen für den ZOB nur drei Stellplätze für Taxen zur Verfügung stehen; es gibt auch keine zusätzlichen Stellplätze für Taxen am Bahnhof Opladen.

Auf Nachfrage von Herrn Krampf (SPD) erläutert Frau Stramka (nbso), dass die vorliegenden Stellungnahmen der wupsi GmbH mit den geäußerten Bedenken noch zu dem alten Planungsstand vor Erweiterung der Verkehrsfläche und vor Einrichtung der Sonderhaltestelle für Hüttebräucker abgegeben wurden. Zum neuen Planungsstand erfolgte die Zustimmung in den gemeinsamen Gesprächen mit den Verkehrsunternehmen. Frau Stramka (nbso) versichert, dass die wupsi GmbH den neuen ZOB in vollem Umfang mitträgt.

Herr Krampf (SPD) bittet, eine entsprechende positive Stellungnahme und eine Aussage über die absehbare Zukunftsfähigkeit des ZOB Opladen hinsichtlich einer Linienausweitung im Rahmen einer neuen Mobilität bei der wupsi GmbH schriftlich anzufordern und mit der Niederschrift nachzureichen.

Herr Keil (DIE LINKE.LEV) bittet um Aussagen zum Schutz von Fahrgästen bei Schlagregen durch das geplante Dach am ZOB. Frau Rottes (nbso) führt aus, dass der Schutz durch weite Auskragungen am Dach gewährleistet ist.

Herr Bartels (FDP) bittet um Ausführungen, warum die Fläche der Bahnallee als Straßenverkehrsfläche festgesetzt wird, im bereits rechtskräftigen Bebauungsplan die Fläche vor und hinter diesem Teilstück aber als verkehrsberuhigte Fläche festgelegt ist.

Frau Cremer (61) erläutert, dass die Festsetzungen in einem Bebauungsplan bei einer Fläche mit besonderer Zweckbestimmung im Rahmen der rechtlichen Widmung und der späteren Anordnung durch die Verkehrsbehörde auch anders erfolgen kann. Durch die jetzige Ausweisung sind daher sowohl eine Straßenverkehrsfläche mit besonderer Zweckbestimmung als auch eine normale Straße mit Hochbord möglich.

Rh. Paul Hebbel (CDU) lobt die Trennung von Planungs- und Baubeschluss beim ZOB Opladen. Zudem fordert er eine nachhaltige Lösung für den Aufzug an der Bahnhofsbrücke.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) gibt zu Protokoll, dass seine Fraktion gegen die Bebauung in dem Bebauungsplanbereich der nbso/Westseite ist und die Zustimmung nur zum geplanten ZOB Opladen und der damit einhergehenden Änderung des Bebauungsplanes erfolgt.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach, warum in dem Bebauungsplangebiet Tiefgaragen als „zulässig“ und nicht als vorgeschrieben bezeichnet werden.

Frau Beigeordnete Deppe führt aus, dass es im Planungsrecht nur die Bezeichnungen „zulässig“ oder „unzulässig“ gibt und der Polizei bei einer möglichen Verlagerung der Polizeiwache ebenerdige Stellplätze ermöglicht werden müssen. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die Forderung nach Tief-

garagen mit den Investoren in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden können. Frau Rottes (nbso) sagt diese Festschreibung in den Verträgen zu.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Antrag, dass die Fassaden nach dem Qualitätshandbuch West zu begrünen sind. Die Verwaltung sagt dies zu.

Rh. Ippolito (SPD) kündigt vor der Abstimmung im Ausschuss an, dass die Verwaltung zu dem Beschluss bis zur Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II noch einige redaktionelle Ergänzungen über die Beratungsergebnisse bzw. über die Niederschrift zu dieser Sitzung zu Protokoll geben wird.

(Redaktionelle Anmerkung:

Hierbei handelt es sich um folgende Korrekturen bzw. Ergänzungen:

Es liegt eine aktualisierte Übersichtskarte vor. Dieses betrifft die Anlage 1 mit Darstellung des Lageplans. Im Bebauungsplan (Blatt 1) wurde dieser Darstellung bereits berücksichtigt, allerdings wird der Nordpfeil durch diese Karte überdeckt. Entsprechend der Datumsangabe auf Blatt 1 ist dieses auch auf Blatt 2 anzugleichen. Zeichnerische oder inhaltliche Festsetzungen des Bebauungsplanes sind hiervon nicht betroffen

Folgende aktualisierte Planunterlagen werden daher zu Protokoll gegeben:

- Aktualisierung des Lageplanes (Anlage 1)
- Darstellung des Nordpfeil im Übersichtsplan auf Blatt 1 des Bebauungsplanes (Anlage 3_1)
- Anpassung der Datumsangaben auf Blatt 2 (Anlage 3_2) des Bebauungsplanes entsprechend Blatt 1.)

Beschluss:

1. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 208 B/II "Opladen - nbso/Westseite - Quartiere" soll in einem Teilbereich gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB geändert werden. Der Bebauungsplan wird geändert, um die für den ZOB Opladen benötigte Verkehrsfläche zu erweitern und planungsrechtlich zu sichern. Der Bebauungsplan wird grob umgrenzt:
 - im Norden durch die als Querverbindung zum Bahnhof vorgesehene Bahnhofstraße,
 - im Osten durch die geplante Europa-Allee,
 - im Süden durch die geplante Querverbindung zwischen Bahnallee und der vorgesehenen Europa-Allee,
 - im Westen entlang der Bahnallee und Goethestraße.

Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung (Anlage 1 der Vorlage) zu entnehmen.

2. Dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung zu der in der Beteiligung zum Bebauungsplan Nr. 208 B vorgebrachten Äußerung (Anlage 2 der Vorlage) wird gefolgt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 208 B/II "Opladen - nbso/Westseite - Quartiere" 1. Änderung (Anlage 3.1 und 3.2 der Vorlage) einschließlich der Begründung (Anlage 5 der Vorlage) wird in der vorliegenden Fassung als Entwurf beschlossen.
4. Der Entwurf ist mit Begründung und Immissionsgutachten (Anlage 6 der Vorlage) für die Dauer von 30 Tagen öffentlich auszulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II.

- einstimmig -

- 13 Planungsbeschluss für den Neubau ZOB Opladen
- Nr.: 2018/2172

Rh. Schönberger (CDU) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 gemeinsam zu beraten. Hiergegen gibt es im Ausschuss keine Einwände, so dass die Beratung der TOP entsprechend gemeinsam erfolgt.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 14 Offensive LEV 2030! Mobilitätswende, aber wie?
- Verbesserungen des ÖPNV
- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.04.18
- Nr.: 2018/2196

Herr Schmitz (66) informiert den Ausschuss, dass im Rahmen des Mobilitätskonzeptes bereits diverse Gespräche mit der wupsi GmbH geführt wurden; bezüglich der möglichen Busspuren im Stadtgebiet hat die wupsi GmbH bereits konkrete Vorstellungen geäußert. Herr Schmitz erläutert, dass zur Bus-

spur Rennbaumstraße, die im Rahmen der geplanten Deckensanierung der TBL umgesetzt werden könnte, voraussichtlich für den nächsten Sitzungstermin, spätestens aber nach der Sommerpause, eine Vorlage zur Beschlussfassung auf den Weg gebracht werden soll. Herr Schmitz (66) stellt dar, dass bei jeder Busspur eine Beschlussfassung der Politik erforderlich ist.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

1. Die Verwaltung prüft, welche bereits vorhandenen Busspuren in Leverkusen ausgebaut werden bzw. verlängert werden können.
2. Die Verwaltung zeigt auf, auf welchen Straßen neue Busspuren eingerichtet werden können und welche Konsequenzen das jeweils hat (Wegfall von Parkplätzen, Einschränkung des Individualverkehrs etc.), hierbei insbesondere die Burscheider Straße (Linie 239/240). Wichtig: Veränderungen sollten eine Verbesserung der Situation für Radfahrer beinhalten.
3. Die Verwaltung prüft, ob die Einrichtung einer Schnellbuslinie auf der Strecke Wermelskirchen – Opladen – Wiesdorf – A1-Brücke (wenn wieder befahrbar) – Ford-Werke (Anschluss Linie 12) möglich ist und der Bedarf gegeben ist.
4. Die Verwaltung prüft, wie das Bus-on-demand-Prinzip (langfristig ggf. autonom fahrend) – wie in der bayerischen Stadt Freyung praktiziert – in Leverkusen eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV darstellen könnte, insbesondere was Nebenzeiten betrifft und die Anbindung der ländlicheren Gebiete unserer Stadt.
5. Die Verwaltung legt dar, in welcher Form Mobilstationen am Bahnhof Mitte sowie am Bahnhof Opladen geplant sind und in welcher Form sich ebenfalls Mobilstationen an anderen Verkehrsknotenpunkten des ÖPNV in Leverkusen realisieren ließen.

- einstimmig -

- 15 Leerung städtischer Mülleimer im Bereich des Rathausvorplatzes und der Fußgängerzone in Wiesdorf an Samstagen und Sonntagen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.18
- m. Stn. v. 12.04.18
- Nr.: 2018/2191

Herr Hüther (SPD) erläutert die problematische Müllsituation vor Ort.

Rh. Schönberger (CDU) bewertet den Antrag als sehr sinnvoll, bittet jedoch um Verhandlungen mit den Hauptverursachern zur Aufstellung von voluminöseren eigenen Müllgefäßen.

Herr Bartels (FDP) lehnt den Antrag im Anbetracht der Stellungnahme ab, da es sich um wilden Müll handelt. Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) ist der Auf-

fassung, dass die Kosten nach dem Verursacherprinzip nicht auf die Allgemeinheit umgelegt werden können.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW)

dagegen: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)

- 16 Mehrkosten im Rahmen der Sanierung der Schule Im Hederichsfeld
- Sachstandsbericht
 - Bereitstellung zusätzlicher Mittel
 - Anträge der Fraktion BÜRGERLISTE vom 29.03.18
 - Nr.: 2018/2195

Der Tagesordnungspunkt wird nach dem Bericht der Dezernentin zu Beginn der Sitzung im Anschluss an den Sachstandsbericht der für die Sanierung der Schule Im Hederichsfeld zuständigen Architektin, Frau Schüller-Maser (Architekturbüro Schüttler-Maser), behandelt.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Beig. Deppe stellt dar, dass jetzt alle Fragen, die in dem Antrag gestellt wurden, beantwortet sind. Dem stimmt Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) zu.

Rh. Ippolito (SPD) rekapituliert die Diskussion im Ausschuss und formuliert mit Einverständnis des Antragstellers folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorlage mit umfangreicher Kostenermittlung bezüglich der Schadenssanierung der Hauptschule Im Hederichsfeld auf den Weg zu bringen und für die Sanierung alle möglichen Zuschüsse bzw. Fördermittel einzuwerben.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag in der vorgenannten Formulierung

- einstimmig -

- 17 Bebauungsplan Nr. 172 B/II "nbso - Campus Leverkusen und Gewerbe" 2. Änderung
- Beschluss über die öffentliche Auslegung
- Nr.: 2018/2066

Herr Neuendorf (OP) bittet um Mitteilung, wer die Kosten für die Gutachten der Bodensanierung übernimmt. Frau Cremer (61) erläutert, dass dies zu Lasten des Investors erfolgt.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt die Begrünung nach dem Qualitätshandbuch-West. Frau Cremer (61) stellt dar, dass dies im inneren Bereich sehr gut möglich ist; bei den Außenfassaden soll wegen der Klinikerstruktur, die im Rahmen des historischen Ambientes transportiert werden soll, darauf verzichtet werden. Damit ist Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) einverstanden.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) moniert zudem, dass nur Fahrradstellplätze ohne Überdachung zugelassen sind. Frau Rottes (nbso) nimmt dies zur Prüfung auf.

Herr Bartels (FDP) bittet, im Beschlussentwurf unter dem 1. Punkt die Anlage 13 durch Anlage 7 zu ersetzen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen folgt der Beschlussempfehlung der Verwaltung zum Umgang mit den vorgebrachten Äußerungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (Anlage 7 der Vorlage).
2. Dem Bebauungsplanentwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht wird in der vorliegenden Fassung (Anlagen 2 und 5 der Vorlage) zugestimmt.
3. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) an der Planung zu beteiligen. Der Bebauungsplanentwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht ist für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, öffentlich auszulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II.

- einstimmig -

- 18 Bebauungsplan Nr. 222/III "Steinbüchel - Meckhofer Feld/Berliner Straße"
- Beschluss über die öffentliche Auslegung

- Nr.: 2018/2061

Rh. Schönberger (CDU) stellt dar, dass es bereits bei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung die vehemente Forderung nach Parkplätzen im öffentlichen Raum gegeben hat und bittet die Verwaltung hier um einen besonders sensiblen Umgang mit diesem Thema.

Frau Cremer (61) erläutert, dass es hier ein erhöhter Stellplatzschlüssel von 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit vorgesehen ist und zusätzlich 17 Parkplätze auf privatem und öffentlichem Gelände eingerichtet werden sollen.

Herr Keil (DIE LINKE.LEV) erkundigt sich, ob hier geförderter Wohnungsbau realisiert wird. Frau Cremer (61) stellt dar, dass es sich um kostengünstigen Wohnungsbau handelt. Es ist der Verwaltung nicht bekannt, ob explizit geförderter Wohnungsbau realisiert werden soll.

Herr Bartels (FDP) bittet um Korrektur des Abwägungsergebnisses auf S. 33/34 der Anlage 5, Abwägung der frühzeitigen Beteiligung. Straßen.NRW macht hier Ausführungen zur Straße und zum Lärmschutzwall. Der vorgelegte Bebauungsplan grenzt hier jedoch nur an die Straße an, daher könne der Anregung nicht gefolgt werden, sondern diese nur zur Kenntnis genommen werden. Frau Beigeordnete Deppe hält das Abwägungsergebnis rechtlich nicht für falsch, sagt aber eine Änderung des Abwägungsergebnisses in „zur Kenntnis genommen“ zu.

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet um Mitteilung, ob auch in diesem Gebiet 34 % als Grünfläche festgelegt wurden. Dies wird bis zur nächsten Sitzung beantwortet.

(Redaktionelle Anmerkung zur Niederschrift:

Die Zahl von 34 % Grünflächen stammt aus dem Bebauungsplan zum Wohnbaugebiet Hitdorf-Ost, in welchem auch die ökologischen Ausgleichsflächen enthalten sind.

Da es sich hier um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt, sind hier keine Ausgleichsflächen notwendig und auch nicht sinnvoll.)

Rh. Paul Hebbel (CDU) fragt nach, warum Kamine ausgeschlossen werden. Hierzu erläutert Frau Cremer (61), dass diese Festsetzung aus den alten Festsetzungen und den angrenzenden Bebauungsplänen in diesem Gebiet übernommen wurde und der Frischluftschneise geschuldet ist.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um Erläuterungen, ob in diesem Bereich Tiefgaragen zulässig sind und ob eine Begrünung analog der nbso festgesetzt werden kann. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung bis zur nächsten Sitzung zu.

(Redaktionelle Anmerkung zur Niederschrift:

Es sind Tiefgaragen festgesetzt und auch explizit gewünscht. Es ist darüber

hinaus eine Begründung der Tiefgaragendächer vorgesehen, wie es in den Leverkusener Wohnbaugebieten üblich ist.

Eine Anpassung an den Festsetzungsstandard innerhalb der nbso wird geprüft.)

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich zudem nach der Unterstellung von Fahrrädern. Frau Cremer (61) stellt dar, dass aus stadtgestalterischen Gründen bewusst keine Abstellmöglichkeit von den Gebäuden gewählt wurde, jedoch Fahrradeinhausungen in den ausgewiesenen Nebenanlagen über die seitliche Zufahrt errichtet werden können.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung zu den in der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Äußerungen (Anlage 5 der Vorlage) wird gefolgt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 222/III "Steinbüchel - Meckhofer Feld/Berliner Straße" (Anlage 2 der Vorlage) einschließlich der Begründung (Anlage 4 der Vorlage) wird in der vorliegenden Fassung als Entwurf beschlossen.
3. Der Entwurf wird gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit Begründung und den beigefügten Gutachten (Anlagen 6 bis 10 der Vorlage) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III.

- einstimmig -

- 19 Errichtung von Fahrradparkhäusern an den Bahnhöfen Wiesdorf, Opladen und Schlebusch
- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.04.18
- Nr.: 2018/2211

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

Bericht der Dezernentin

Der Bericht der Dezernentin wird an den Beginn der Sitzung vorgezogen.

- Klimatisierung der Busse –

Frau Beigeordnete Deppe berichtet, dass gemäß Beschluss des Rates künftig bei Neuanschaffungen von Bussen der wupsi diese mit Klimaanlage ausgestattet sein sollen. Die Buslinien werden jedoch bekanntlich gemeinsam mit den Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK) betrieben. Der RBK hat diese Entscheidung bezüglich der Klimaanlage in Bussen jedoch vertagt. Die wupsi GmbH schreibt zurzeit die Anschaffung von 16 neuen Bussen aus, die demgemäß zunächst ohne Klimaanlage (jedoch mit einer Erweiterungsoption) ausgeschrieben werden.

- Sanierung Im Hederichsfeld 19 –

Rh. Ippolito (SPD) begrüßt Frau Schüttler-Maser (Architekturbüro Schüttler-Maser), die den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen ausführlich über die im denkmalgeschützten Gebäude Im Hederichsfeld festgestellten Schäden informiert.

Frau Schüttler-Maser (Architekturbüro Schüttler-Maser) stellt dabei die Sanierung der statisch-konstruktiven Decken im Gebäude detailliert dar, die aktuelle Schadenkartierung im Gebäude sowie die sich daraus ergebenden Auswirkungen (Kostenerhöhung auf 12 Mio € um 7 Mio € und eine Bauzeitenverlängerung um 1,5 Jahre bis 2021).

Frau Kümmel (65) ergänzt, dass bereits erste Gespräche mit dem Fördergeber stattgefunden haben. Ziel ist es, eine Förderung in Höhe von 80 % zu erreichen. Für eine grundsätzliche Förderung gab es durch die Bezirksregierung Köln bereits ein positives Signal. Frau Beigeordnete Deppe und Frau Kümmel (65) kündigen eine entsprechend Baubeschlussvorlage an, die den politischen Gremien im nächsten Turnus zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Auf Nachfrage von Rh. Paul Hebbel (CDU) erläutert Frau Kümmel (65), dass zwei weitere Gebäude des für das Gebäude Im Hederichsfeld 19 zuständigen Architekten Klotzbach zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Alte Landwirtschaftsschule und Stadtarchiv) errichtet wurden. Diese Gebäude werden jetzt einer intensiven Prüfung durch den FB Gebäudewirtschaft unterzogen.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont die wichtige Stellung des Gebäudes im Rahmen des STEK Opladen sowie die notwendige Erhaltung im Rahmen des Denkmalschutzes.

Herr Krampf (SPD) erkundigt sich nach weiteren möglichen Risikofeldern im Gebäude. Frau Schüttler-Maser (Architekturbüro Schüttler-Maser) führt aus, dass das Gebäude jetzt so hinreichend bekannt ist, dass keine zusätzlichen Schäden befürchtet werden.

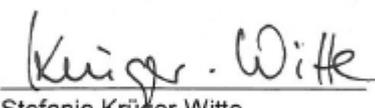
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 2/2018)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Rh. Ippolito (SPD) schließt die Sitzung gegen 19:30 Uhr.



Rh. Ippolito
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Bauen und Planen



Stefanie Krüger-Witte
Schriftführerin